

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Jakob Vogel

Ernährungslage trotz guter Ernten sehr angespannt

Nach UNICEF-Berichten sind in Pakistan sowohl die akute als auch die chronisch anhaltende Mangel- und Unterernährung weiterhin sehr kritisch, auch wenn einzelne Indikatoren seit Mitte der 1980er Jahre erste Verbesserungen anzeigen. Besonders deutlich werden die Probleme der Mangel- und Unterernährung bei der Analyse der Gesundheitsdaten von Müttern und Säuglingen: So sind 32 Prozent der Neugeborenen untergewichtig, insgesamt 38 Prozent der Kinder unterernährt. Die Mehrheit der unterernährten Kinder haben Mütter ohne formale Schulbildung. Für das Kinderhilfswerk der Vereinten Nation sind die ersten 1 000 Tage der Kindheit, das heißt die Schwangerschaft und die beiden ersten Lebensjahre, der entscheidende Zeitraum für die Verbesserung des Ernährungs- und damit des Gesundheitsstatus. Jüngste Ernährungsstatistiken für 2008 weisen mehr als 52 Prozent der pakistanischen Bevölkerung als gefährdet aus. Ihnen stehen weniger als 2100 Kilokalorien täglich zur Verfügung. 23 Prozent gelten als ernsthaft gefährdet, da sie mit weniger als 1700 Kilokalorien täglich auskommen müssen. Die Gesamtzahl der gefährdeten Menschen ist in den letzten Jahren vor allem im ländlichen Raum angestiegen. Allerdings hat die UN-Landwirtschaftsorganisation FAO im Frühjahr 2011 Alarmmeldungen über Ernteausfälle nach der Sommerflut 2010 deutlich relativiert. Entgegen verbreiteten Befürchtungen wurde mit 24 Millionen Tonnen nahezu eine Rekordernte beim Winterweizen eingefahren. Daher werden niedrigere Getreide- und eher stabile Reispreise erwartet. Die Regierung erlaubte im Frühjahr wieder Weizenexporte, um genügend Lagerraum für die neue Ernte zu schaffen. Dennoch schätzt die FAO die gesamte Ernährungslage vor allem aufgrund der hohen Inflation gerade für arme Gruppen als problematisch ein. Lesen Sie hierzu auch den Artikel von Altaf Ullah Khan in diesem Heft.

PHF verurteilt „Impfkampagne“ der CIA

Das Pakistan Humanitarian Forum (PHF), der Zusammenschluss von vierzig in Pakistan tätigen internationalen Hilfsorganisationen, reagierte mit einer Pressemitteilung auf Nachrichten, wonach der US-Auslandsgeheimdienst CIA vermeintlich eine Impfkampagne durchgeführt habe, um für den Kampf

gegen den Terrorismus DNA-Material zu sammeln. Von der US-Regierung forderte PHF die Aufklärung dieser Vorwürfe. Durch solche Maßnahmen – unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe – leide die Akzeptanz unter der Bevölkerung und letztlich die Unabhängigkeit der Hilfswerke. Medizinische Projekte könnten von den Menschen wegen vermeintlicher politischer Einmischung abgelehnt werden, so PHF. Im schlimmsten Fall könnten Mitarbeiter der Hilfswerke sogar als mutmaßliche Handlanger des CIA in Gefahr geraten.

Erneut Journalist in Belutschistan ermordet

Mit einem Appell an führende pakistanische Politiker und Beamte, wie Präsident Zardari, Premierminister Gilani, an den Innen- und den Menschenrechtsminister sowie den Sprecher des Obersten Gerichts, machte die pakistanische Menschenrechtskommission HRCP (Human Rights Commission of Pakistan) Mitte August 2011 auf den Mord an einem Journalisten aufmerksam. Munir Shakir war Korrespondent eines lokalen TV-Senders. Alleine im Distrikt Khuzdar war es der vierte Mord innerhalb der letzten zwölf Monate. Der Appell verurteilt die mangelnde Sicherheit für Journalisten und fordert eine unabhängige Aufklärung dieser Morde, verstärkte Sicherheitsanstrengungen für Journalisten sowie eine finanzielle Entschädigung für die Familie von Munir Shakir. Zugleich wies HRCP auf die Entführung eines weiteren Journalisten in Nordwaziristan hin. Für keines der beiden Verbrechen gingen Bekennerschreiben ein.

HRCP-Bericht zur Gewaltsituation in Karachi

Mit einer Presseerklärung zu ersten Erkenntnissen des Besuchs einer hochrangig besetzten HRCP-Mission Ende Juli 2011 in Karachi weist die pakistanische Menschenrechtskommission Human Rights Commission of Pakistan auf die prekäre Sicherheitslage in dieser Wirtschaftsmetropole hin. Gegenüber 775 Menschen, die laut HRCP 2010 Opfer politisch oder religiös motivierter Gewalt wurden – die Regierung beziffert die Opferzahlen auf 500 –, kamen in den ersten sechs Monaten 2011 schon 2100 in Karachi Menschen ums Leben. Die wesentlichen Ursachen sieht HRCP nicht alleine in den allgegenwärtigen Aktivitäten Mafia-ähnlicher und oft politischen Kreise nahe stehenden Banden, welche unter anderem den Landbesitz zu kon-

trollieren versuchen, sondern vielmehr in der Ignoranz der Probleme seitens der zuständigen Politiker und Verwaltungsbeamten. HRCP beklagt, dass nur wenige offizielle Vertreter zu Gesprächen mit ihrer Mission bereit seien. Der Staat hat es laut HRCP bislang nicht vermocht, den Bedarf der stetig wachsenden Bevölkerung nach Arbeit, Wohnraum, sowie nach einer geregelten Versorgung mit Wasser und Strom, Bildung und Gesundheit anzuerkennen oder gar zu lösen. Letztlich habe dies dazu geführt, dass unterschiedlichste Gruppen mit politischen, ethnischen oder religiösen Forderungen zu einer extremen Polarisierung und letztlich zu alltäglicher offener Gewalt beigetragen hätten. Laut des HRCP-Zwischenberichts forderten einige der befragten Bürger wegen des fehlenden Vertrauens in die demokratischen Strukturen und die örtlichen Sicherheitskräfte hartes Durchgreifen, auch über die verfassungsgemäßen Möglichkeiten hinaus. HRCP selbst warnt jedoch explizit davor, um nicht „vom Regen in die Traufe“ zu geraten.

Fortsetzung deutscher Not- und Übergangshilfe

Laut KNA (Katholische Nachrichtenagentur) wird die Bundesregierung über das Auswärtige Amt sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt neun Millionen Euro für die Not- und Wiederaufbauhilfe nach der Flutkatastrophe vom Sommer 2010 sowie wegen der anhaltenden Kämpfe und Vertreibungen für die Zivilbevölkerung entlang den Stammesgebieten bereitstellen. Den Rückblick auf die Fluthilfe ergänzte Minister Dirk Niebel zudem mit der Forderung an die pakistanische Regierung nach politischen und wirtschaftlichen Reformen, um den Wiederaufbau aus eigener Kraft und die Entwicklung des Landes zu fördern.

Erneute Monsunfluten in Teilen Pakistan

Ein Jahr nach den verheerenden Monsunüberschwemmungen vom Sommer 2010 führten erneut starke Regenfälle – zunächst in den Hochgebirgsregionen entlang des Indus – zu lokalen Überschwemmungen mit mindestens 35 Toten im Distrikt Kohistan und mehr als 132 in ganz Pakistan. Rettungskräfte konnten die zerklüfteten Seitentäler kaum erreichen, da Brücken und Wege unterspült wurden. Zudem drohten im Tiefland der Provinzen Pandschab und Sindh Überschwemmungen, da viele der im letzten Jahr zerstörten oder auch gesprengten Dämme entlang der Flüsse noch nicht repariert wurden und noch immer zu wenig in die Katastrophenvorsorge investiert wird. Anfang September wurden fünf von 22 Distrikten im

Sindh zu gefährdeten Flutregionen erklärt. Landesweit gelten bis zu fünf Millionen Menschen als von den Überschwemmungen betroffen und einige Zehntausend mussten ihre Häuser verlassen. Damit wurden die Schätzungen von vor der diesjährigen Monsunperiode deutlich übertroffen.

Rupie verliert gegen den US-Dollar

Allein seit Beginn des neuen Finanzjahres am 1. Juli 2011 hat die pakistanische Rupie um 1,5 Prozent an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren und mit 87,50 Rupien pro Dollar ein Rekordtief erreicht. Der Rückgang hält nach Börsenbeobachtern an, da die Wirtschaft sowohl durch die steigenden Ausgaben für Rohölimporte, Gas- und Elektrizitätsengpässe belastet werde; hinzu kämen sehr niedrige Investitionen aus dem Ausland. Einen wichtigen Einfluss habe auch die prekäre Sicherheitslage in Karachi.

Inflation bei 13,8 Prozent

Seit 2003 steigen die Preisindizes in Pakistan durchschnittlich um mehr als zehn Prozent p.a. Im Vorjahresvergleich erreichte der allgemeine Preisanstieg im Juli 2011 sogar 13,8 Prozent gegenüber dem niedrigsten Stand von 1,4 Prozent im Juli 2003. Saisonal bedingt stiegen im diesjährigen Sommer aufgrund des Fastenmonats Ramadan zudem die Preise für Lebensmittel und Bekleidung überproportional.

Erste Außenministerin Pakistans

Im Juli wurde die 34-jährige Hina Rabbani Khar als erste Außenministerin in der Geschichte Pakistans vereidigt. In die Schlagzeilen geriet Khar vor allem durch ihren Staatsbesuch in Indien – die ersten Beratungen auf Außenministerebene seit einem Jahr. Ihre Ernennung wurde in pakistanischen Medien durchaus kritisch kommentiert, da Khar als Karrierepolitikerin und Zögling von General Musharraf gilt. Nach dessen Sturz hatte sie sich der Bhutto Partei *Pakistan People's Party* (PPP) unter dem neuen Präsidenten Asif Ali Zardari angeschlossen. Zardari wird die Aussage zugeschrieben, Khar solle als Aushängeschild für die „nette Seite Pakistans“ fungieren. So wurden die ersten Auftritte der früheren Geschäftsfrau wiederholt mit Hinweisen auf ihre modischen Attribute und die Nobelmarken ihrer Kleidung kommentiert. Ihr tatsächlicher Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen gerade gegenüber dem Militär wird als sehr gering eingeschätzt. Zuvor war – weitgehend unbemerkt – der Außenministerposten monatelang vakant gewesen.

Militärgeheimdienst nimmt Bin Laden-Vertrauten fest

Nach Presseberichten gab der pakistanische Militärgeheimdienst ISI Anfang September 2011 die Festnahme des Bin Laden-Vertrauten Younis al-Mauretani sowie zweier weiterer Al-Qaida-Anführer in Quetta bekannt. Diese Festnahme sei in Abstimmung mit dem US-Geheimdienst gelungen. Younis al-Mauretani gilt als führendes Mitglied der Al-Qaida. Es wird vermutet, dass er vor allem mit Aktionen in Nordamerika, Europa und Australien beauftragt gewesen ist.

***Devolution Policy* – Mehr Verantwortung und Autonomie für die Provinzen**

Mit Beginn des neuen Finanzjahres und des Pakistanischen Entwicklungsprogramms 2011–2012 zum 1. Juli 2011 wurden zahlreiche Bundesministerien und -behörden aufgelöst und die Aufgabengebiete ihrer Ressorts auf die Provinzregierungen übertragen. Mit diesem Schritt, der nur wenig Aufmerksamkeit erlangte, wird die sogenannte *Devolution Policy* des 18. Verfassungszusatzes fortgesetzt. Diese soll den Provinzen nicht zuletzt mehr Autonomie gewähren. Zu den zum 1. Juli aufgelösten Bundesministerien gehören unter anderem jene für Gesundheit, Landwirtschaft und Ernährung, Bildung, Umwelt, Frauen, Arbeit, Kommunalverwaltung, Ländliche Entwicklung und Tourismus und Sport. Auf Bundesebene verblieben letztlich die Kernressorts Außenpolitik, Verteidigung, Finanzen, Steuern und Information. Offiziell sollte der 1. Juli als nationaler Feiertag der Provinzautonomie begangen werden, doch es wurden in den Provinzhauptstädten keine Feiern zu diesem Anlass organisiert. Auch wenn die Planungskommission den aufgelösten Behörden für das neue Finanzjahr keine Finanzmittel mehr zugeteilt hatte und den Provinzen für ihre neuen Aufgaben die finanzielle Unterstützung der Bundesebene zugesagt wurde, war die erste Zeit von Unsicherheit und lückenhafter Vorbereitung und Umsetzung geprägt. Provinzen waren zum Teil nicht ausreichend gerüstet und geschultes Personal war nicht verfügbar. Auch war der erforderliche Ausgleich zwischen den Provinzen etwa bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln nicht bedacht worden. Zudem müssen die Provinzparlamente erst befähigt werden, diese neuen Aufgaben zu übernehmen: Regionale politische Programme, gesetzliche Regelungen und Verordnungen fehlen noch, auch in Politikfeldern, die im direkten Austausch mit internationalen Akteuren wie Entwicklungsbanken, Organisationen der Vereinten Nationen sowie der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit stehen. Kommentatoren

in pakistanischen Medien begrüßen einerseits diese fortgesetzten Autonomiebestrebungen; sie fürchten aber auch, dass ein halbherziger und eventuell von den bisherigen Streitigkeiten zwischen Bundes- und Provinzebene geprägter Übergang die innenpolitischen Krise verstärken könnte. Die unter den Provinzen herrschende Interessenspolitik trage ebenfalls zu diesem Risiko bei.

Währungsreserven auf Rekordniveau

Im Juli erreichten die Währungsreserven Pakistans mit rund 18,25 Milliarden US-Dollar den bisherigen Rekordwert. Hierzu trugen unter anderem Kreditüberweisungen der Weltbank (191,9 Millionen US-Dollar) und der Asiatischen Entwicklungsbank (196,8 Millionen US-Dollar) bei. Zudem konnten höhere Exporterlöse und um mehr als 25 Prozent gestiegene Rücküberweisungen verbucht werden.

Visa Bonanza

Nach pakistanischen Presseberichten, welche nach der Tötung Osama bin Ladens bekannt wurden, haben pakistanische Behörden seit dem Frühjahr 2010 mehr als 400 Visa für US-Bürger ausgestellt, ohne zuvor das Einverständnis des Innenministeriums sowie des Militärgeheimdienstes einzuholen. Laut Reuter sei Ende 2009 unter Druck der USA eine Order des Präsidenten erlassen worden, sogar rund 7.000 solcher Visa auszustellen. Vor allem in pakistanischen Militärkreisen hat diese Praxis der zivilen Behörden zur Verstimmung geführt, da sie somit die Aktivitäten des US-Auslandsgeheimdienstes CIA immer weniger kontrollieren konnten. Nach dem „Fall Raymond Davis“, einem CIA-Mitarbeiter, der in Lahore im Januar 2011 zwei pakistanische Zivilisten vermeintlich in Notwehr erschossen hatte und nach einer Blutgeldzahlung außer Landes gebracht werden konnte, erfolgte die Visa-Erteilung für US-Bürger sehr viel restriktiver.